

2022

Abitur

Original-Prüfungsaufgaben
mit Lösungen

**MEHR
ERFAHREN**

Gymnasium

Geschichte

ActiveBook
• Interaktives
Training

Original-Prüfungsaufgaben

2021 zum Download



STARK

Inhalt

Vorwort

Hinweise und Tipps zur schriftlichen Abiturprüfung

Die Anforderungen im Zentralabitur	I
1 Rahmenbedingungen	I
2 Prüfungsinhalte	II
3 Anforderungen und Bewertungskriterien	V
4 Anforderungsbereiche und Operatoren	VII
Tipps zur schriftlichen Prüfung	IX
1 Auswahl der Aufgaben	IX
2 Ausarbeitung der Lösung	IX
3 Umfang der Lösung	X
Auswertung von Materialien	X
1 Allgemeines zur Analyse und Interpretation von Quellen	X
2 Textquellen	XI
3 Bildquellen	XII
4 Grafische Darstellungen	XIII

Abiturprüfungsaufgaben

Abiturprüfung 2018

Aufgabe I:	Gesellschaft im Wandel (15. bis 19. Jahrhundert)	2018-1
Aufgabe II:	Demokratie und Diktatur – Probleme der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert	2018-16
Aufgabe III:	Historische Komponenten europäischer Kultur und Gesellschaft	2018-32
Aufgabe IV:	Konfliktregionen und Akteure internationaler Politik in historischer Perspektive	2018-45

Abiturprüfung 2019

Aufgabe I:	Gesellschaft im Wandel (15. bis 19. Jahrhundert)	2019-1
Aufgabe II:	Demokratie und Diktatur – Probleme der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert	2019-16
Aufgabe III:	Historische Komponenten europäischer Kultur und Gesellschaft	2019-32
Aufgabe IV:	Konfliktregionen und Akteure internationaler Politik in historischer Perspektive	2019-48

Abiturprüfung 2020

Aufgabe I:	Gesellschaft im Wandel (15. bis 19. Jahrhundert)	2020-1
Aufgabe II:	Demokratie und Diktatur – Probleme der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert	2020-16
Aufgabe III:	Historische Komponenten europäischer Kultur und Gesellschaft	2020-34
Aufgabe IV:	Konfliktregionen und Akteure internationaler Politik in historischer Perspektive	2020-49

Abiturprüfung 2021

Aufgaben I–IV: www.stark-verlag.de/mystark

Das Corona-Virus hat im vergangenen Schuljahr auch die Prüfungsabläufe durcheinandergebracht und manches verzögert. Daher sind die Aufgaben und Lösungen zur **Prüfung 2021** in diesem Jahr nicht im Buch abgedruckt, sondern erscheinen in **digitaler Form**. Sobald die Original-Prüfungsaufgaben 2021 zur Veröffentlichung freigegeben sind, können Sie sie als PDF auf der Plattform **MyStark** herunterladen.

Autorinnen und Autoren (Lösungen 2018–2020)

Matthias Ehm (2018/I, II; 2019/II, IV)

Julia Mornhinweg (2018/III, IV; 2019/I, III; 2020/I, III)

Heinrich Müller (2020/II, IV)

Vorwort

Liebe Schülerinnen, liebe Schüler,

der vorliegende Band unterstützt Sie bei Ihrer effektiven Vorbereitung auf die **schriftliche Abiturprüfung** in Geschichte sowie auf den Prüfungsteil Geschichte der kombinierten schriftlichen Abiturprüfung Geschichte/Sozialkunde.

Das einführende Kapitel „**Hinweise und Tipps zur schriftlichen Abiturprüfung**“ fasst wichtige Informationen zu den Rahmenbedingungen, Prüfungsinhalten und Leistungsanforderungen sowie zum Ablauf des Abiturs und zur Struktur der Aufgaben zusammen. Außerdem erhalten Sie hier **konkrete Tipps** zu den Anforderungsbereichen und Arbeitsanweisungen (**Operatoren**) sowie zur **Auswertung von Materialien**, die Ihnen in der Prüfung begegnen können.

Der zweite Teil des Buches enthält die **Original-Prüfungsaufgaben** der Jahre **2018 bis 2021**. Die in diesem Buch enthaltenen Aufgaben und Lösungen haben eine **doppelte Funktion**: Zum einen sollen sie Ihnen bei der **selbstständigen Wiederholung** Ihrer im Unterricht erworbenen Kenntnisse helfen, weshalb sie Ihnen umfangreiche und ausführliche Musterlösungen bieten. Zum anderen können Sie die **Bearbeitung der Aufgaben unter Prüfungsbedingungen** trainieren und optimieren.

■ Vor den Lösungsvorschlägen finden Sie zu allen Aufgaben **konkrete Bearbeitungshinweise**, die Ihnen ein gezieltes Vorgehen bei der Beantwortung der einzelnen Aufgaben vermitteln und Sie so zu einer optimalen Lösung hinführen sollen.

Sollten nach Erscheinen dieses Bandes noch wichtige Änderungen in der Abiturprüfung 2022 vom Kultusministerium bekannt gegeben werden, finden Sie aktuelle Informationen dazu im Internet unter: www.stark-verlag.de/mystark.

Verlag und Autoren wünschen Ihnen eine gute Vorbereitungsphase und viel Erfolg in der Abiturprüfung!

Hinweise und Tipps zur schriftlichen Abiturprüfung

Die Anforderungen im Zentralabitur

1 Rahmenbedingungen

Wenn Sie Geschichte als schriftliches Abiturprüfungsfach gewählt haben, entscheiden Sie einige Monate vor der Abiturprüfung, ob Sie ein reines Geschichtsabitur oder aber die kombinierte Abiturprüfung Geschichte/Sozialkunde ablegen wollen. Bei Letzterer macht der Prüfungsteil Geschichte 2/3 der Gesamtprüfung aus und ist identisch mit einem Teil des reinen Geschichtsabiturs. Der Gesamtumfang von beiden Abiturprüfungen unterscheidet sich nicht.

Folgende Gegenüberstellung zeigt die Gemeinsamkeiten und Unterschiede von reinem Geschichtsabitur und der kombinierten Abiturprüfung Geschichte/Sozialkunde:

Geschichte	Geschichte/Sozialkunde
vollständige Bearbeitung einer Aufgabe	1. Prüfungsteil: Geschichte (Umfang: 2/3 der Gesamtprüfung)
Anforderungsebene I bis III (vgl. S. VII f.)	Anforderungsebene I bis III (vgl. S. VII f.)
Auswahl einer von vier Aufgaben aus 11/1, 11/2, 12/1, 12/2 mit mehreren Teilaufgaben	Auswahl einer am Stoff der jeweiligen Halbjahre orientierten Aufgabe, die mehrere Teilaufgaben enthält
	2. Prüfungsteil: Sozialkunde (Umfang: 1/3 der Gesamtprüfung) Anforderungsebene I bis III

Die Abituraufgaben gliedern sich in **Teilaufgaben**, die als **Arbeitsanweisungen** (Operatoren) formuliert und teilweise mit Materialien (Texte, Karikaturen, Plakate, Bilder, Statistiken) versehen sind. Beim reinen Geschichtsabitur ist zudem zu beachten, dass in einer, meist der letzten Teilaufgabe, der **Bezug zu einem anderen Halbjahr** hergestellt wird. In den meisten Fällen haben Sie hier die **Wahl zwischen mehreren Epochen und Ereignissen**, anhand derer Sie einen bestimmten Sachverhalt erörtern sollen. Hier sollen Sie Ihre Fähigkeit zu historischem Denken in einer gestaltenden, essayartigen sprachlichen und gedanklichen Form nachweisen.

2 Prüfungsinhalte

Der Geschichtsunterricht in der Qualifikationsphase setzt verstärkt auf einen wissenschaftspropädeutischen Zugriff und ein **mehrperspektivisches, methodenorientiertes Arbeiten an exemplarischen Themenbereichen**. Das in den vorangegangenen Jahrgangsstufen erworbene Grundwissen wird dabei ausdrücklich vorausgesetzt. Anhand von Längsschnitten, Querschnitten, Vergleichen und problemorientierten Fallstudien sollen typische Verfahren historischer Forschung erarbeitet werden.

Die Ordnung der Lehrplanthemen orientiert sich an **räumlichen Kategorien** und geht vom „Nahen“ zum „Fernen“: Zunächst stehen Land und Region im Mittelpunkt des Unterrichts (11.1), danach Deutschland (11.2), Europa (12.1) und zuletzt außereuropäische und internationale Vorgänge (12.2). Weitere Informationen zum Lehrplan finden Sie auf der **Homepage** des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung München unter: www.isb-gym8-lehrplan.de.

Hinweis: Das Sternchen * kennzeichnet Themen, die das Kultusministerium wegen der Corona-Krise als **nicht prüfungsrelevant** für das **schriftliche Abitur 2022** festgelegt hat: www.isb.bayern.de/download/25043/geschichte.pdf (Stand: März 2021).

G 11.1 Gesellschaft im Wandel (15. bis 19. Jahrhundert)

G 11.1.1 Leben in der Ständegesellschaft des 15. bis 18. Jahrhunderts

- Kennzeichen der Ständegesellschaft; Status von Minderheiten
- Überblick über Elemente der sozialen Fürsorge auf dem Land und in der Stadt
- vorindustrielle Arbeitswelten: agrarische Subsistenz, Zünfte, Verlag, Manufaktur
- familiäre Lebens-, Rechts-, Arbeits- und Produktionsgemeinschaften mit festgelegten Rollen für Mann und Frau
- demographische Konjunkturen: Grundlinien und Einflussfaktoren der Bevölkerungsentwicklung vom 15. bis 18. Jahrhundert

G 11.1.2 Leben in der entstehenden Industriegesellschaft des 19. Jahrhunderts

- Liberalisierung und staatliche Reformen: Aufhebung der Leibeigenschaft, Agrarreformen, Abschaffung der Zünfte und Beseitigung der Heiratsbeschränkungen; Schaffung neuer Möglichkeiten individueller Lebensgestaltung, z. B. Freizügigkeit, Gewerbefreiheit
- Kennzeichen der Industrialisierung im Überblick und Besonderheiten der Entwicklung in Bayern
- veränderte Arbeitsbedingungen in den wachsenden Industriegebieten und Entstehung der sozialen Frage: Urbanisierung und Landflucht, Fabrikarbeit und Arbeitslosigkeit, Pauperismus und Proletarisierung
- praktische Ansätze zur Lösung der sozialen Frage im Überblick: organisierte Arbeiterbewegung, Sozialgesetzgebung, christliche Sozialarbeit, Arbeiterbildungsvereine, Raiffeisenbewegung
- familiäre Lebenswelten: bürgerliche Familie und Arbeiterfamilie als Lebensgemeinschaften der Klassengesellschaft; Infragestellung der Geschlechterrollen durch die Frauenbewegung
- Grundlinien und Einflussfaktoren der Bevölkerungsentwicklung im Industriezeitalter (insbesondere Verringerung der äußeren Bedrohungen, demographischer Übergang)

G 11.2 Demokratie und Diktatur – Probleme der deutschen Geschichte im 20. Jh.

G 11.2.1 Die Weimarer Republik – Demokratie ohne Demokraten?

- Ursachen der Revolution von 1918/19 und das Ringen um eine neue Ordnung
- demokratische Errungenschaften der Weimarer Republik
- Träger und Gegner der demokratischen Ordnung im Spiegel der Jahre 1929–32/33: Segmentiertheit von Gesellschaft und Parteienspektrum; Traditionslinien; Selbstverständnis und politisches Verhalten der Gruppen, auch unter Rückgriff auf Ergebnisse und Weichenstellungen 1918/19; Einfluss der wirtschaftlichen Krise auf die innenpolitische Entwicklung

G 11.2.2 Hitlers willige Volksgenossen? Die Deutschen und der Holocaust

- Stellung des jüdischen Bevölkerungsteils in der deutschen Gesellschaft seit dem Ersten Weltkrieg
- Überblick über die Beseitigung der Demokratie und den Ausbau der NS-Diktatur
- „Volksgemeinschaft“: Ideologie und inszenierte Lebenswirklichkeiten im NS-Staat als Pendant zum antisemitischen Feindbild
- NS-Antisemitismus im Verhältnis zum traditionellen Antisemitismus; Demütigung und Entrechtung, Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung; Umgang mit anderen Opfergruppen
- Frage nach Wahrnehmung der Judenverfolgung und Beteiligung an ihr seitens der nichtjüdischen Bevölkerung

G 11.2.3 Die frühe Bundesrepublik – Erfolg der Demokratie durch „Wohlstand für alle“?

- Erfahrung der Deutschen mit dem „Dritten Reich“; „Umerziehung“; „Lehren aus Weimar“; Verhältnis zu Israel
- die Rolle weltpolitischer Rahmenbedingungen des Kalten Kriegs für die Verankerung der Bundesrepublik im Westen
- wirtschaftlicher Aufstieg der Bundesrepublik nach dem Krieg: Ursachenfaktoren; sozialpolitische Integrationsklammern; Frage nach dem Zusammenhang mit der Akzeptanz des demokratischen Systems
- Stellenwert gesellschaftlicher Vorgänge (v. a. Eingliederung der Vertriebenen, Verwestlichung, Umgang mit der Vergangenheit des „Dritten Reichs“)
- * die „SBZ“ als Feindbild und Herausforderung: Gegnerschaft zum Kommunismus als Teilerklärung für die hohe Zustimmung zur parlamentarischen Demokratie

G 11.2.4 Die DDR – eine deutsche Alternative?

- Anspruch und Wirklichkeit im „Arbeiter- und Bauernstaat“ vor dem Hintergrund des Demokratie-Verständnisses in der Staats- und Parteiführung
- die DDR und der Westen: Entwicklung der deutschlandpolitischen Standpunkte zu Staat und Nation in West und Ost; sozialliberale Deutschland- und Ostpolitik der Bundesrepublik ab 1969 und ihre Bedeutung für die Entstehung von Spielräumen innerhalb der DDR-Gesellschaft in den 1970er- und 1980er-Jahren
- Bilanz der Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Endphase der DDR und ihre Rolle für die Akzeptanz des Systems
- Grundgesetz oder „dritter Weg“? Konzepte für die Umwandlung der DDR in eine parlamentarische Demokratie im zeitlichen Umfeld der Wiedervereinigung
- * Problematik der individuellen und kollektiven Geschichtserinnerung an die DDR

Abitur Geschichte (Bayern) – 2020 – Aufgabe II
Demokratie und Diktatur – Probleme der deutschen Geschichte
im 20. Jahrhundert

- 1 Erläutern Sie die Rolle der Parteien für das Scheitern der Weimarer Republik! (20 BE)
- 2 Nehmen Sie begründet Stellung zur Frage, inwieweit die Karikatur von Hanns Erich Köhler aus dem Jahr 1958 (M 1) die Akzeptanz des demokratischen Systems in der frühen Bundesrepublik hinreichend erklärt! (22 BE)
- 3 Die UdSSR unterbreitete den Westalliierten 1952 das überraschende Angebot, einen deutschen Gesamtstaat zu bilden. Er sollte besatzungsfrei und neutral sein sowie aus freien Wahlen hervorgehen. Anlässlich dieser sogenannten „Stalin-Note“ hielt der Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl, eine Rede vor der Volkskammer der DDR (M 2). (48 BE)
 - 3.1 Erarbeiten Sie aus Grotewohls Rede (M 2) seinen deutschlandpolitischen Standpunkt sowie das jeweils von ihm gezeichnete Bild der Bundesrepublik Deutschland und der DDR!
 - 3.2 „In der Deutschen Demokratischen Republik genießt jeder Bürger [...] die allgemeinen und gleichen demokratischen Rechte und Freiheiten, nur Feinde der Demokratie und des Friedens, Agenten und Saboteure werden in ihrer Freiheit beschränkt.“ (Z. 38–42)

Stellen Sie ausgehend von diesem Zitat das Verhältnis von Anspruch und Wirklichkeit in der DDR dar!
 - 3.3 In seiner Rede spricht Otto Grotewohl der Bundesrepublik Deutschland die kritische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit ab (vgl. Z. 42–45). Überprüfen Sie, ob Grotewohls Urteil den Umgang der frühen Bundesrepublik mit der NS-Vergangenheit treffend beschreibt!
- 4 Bearbeiten Sie eine der drei folgenden Teilaufgaben! (30 BE)
 - a) zu Halbjahr 11/1

Der 21. Dezember 2018 ist ein historischer Einschnitt für die deutsche Industriegeschichte: Mit der Schließung des letzten Steinkohlebergwerks im Ruhrgebiet wurde der Steinkohlebergbau in Deutschland – und damit ein wichtiger Teil der Industrialisierung – an diesem Tag Geschichte.

Diskutieren Sie vor diesem Hintergrund anhand selbstgewählter Beispiele, welche historische Bedeutung die Zeit der Industrialisierung für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland besaß!

b) zu Halbjahr 12/1

Der am 22. Januar 2019 durch Bundeskanzlerin Merkel und Staatspräsident Macron unterzeichnete Aachener Vertrag schreibt den Elysée-Vertrag von 1963 fort. Anlässlich seiner Unterzeichnung erklärte das Auswärtige Amt:

„Mit dem Elysée-Vertrag hatten Deutschland und Frankreich vor 56 Jahren die Lehren aus der blutigen Vergangenheit gezogen und eine historische Weichenstellung vorgenommen. Aus jahrhundertealter angeblicher Erbfeindschaft wurde die deutsch-französische Freundschaft. Aus einer Konfrontation, die Europa immer wieder in Krieg und Zerstörung gestürzt hat, wurde der Motor der europäischen Einigung.“

Gemeinsam für Europa – Deutschland und Frankreich schließen Aachener Vertrag, Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes vom 18. Januar 2019, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/europa/zusammenarbeit-staaten/frankreich/aachener-vertrag/2175910> (zuletzt abgerufen am 10. Juni 2020).

Nehmen Sie zu dieser Aussage Stellung, indem Sie den Begriff der „Erbfeindschaft“ kritisch erläutern, ihn historisch einordnen und die Rolle der deutsch-französischen Freundschaft für die europäische Einigung bis 1963 bewerten!

c) zu Halbjahr 12/2

„Die USA waren und sind [...] ein mahnendes Beispiel und ein anziehendes Vorbild.“ – Mit diesen Worten endet die von den Historikern Jürgen Heideking und Christoph Mauch verfasste „Geschichte der USA“ (6. Auflage 2008).

Jürgen Heideking, Christoph Mauch: Geschichte der USA, 6. Aufl. Tübingen 2008, S. 459 f.

Diskutieren Sie diese Einschätzung für die US-amerikanische Außenpolitik im 20. Jahrhundert anhand geeigneter historischer Beispiele!

Material

M 1: Karikatur von Hanns Erich Köhler (1958)

Die Figur rechts trägt die Gesichtszüge von Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard.



„Guck mal, Onkel Ludwig, das war vor zehn Jahren.“

© Wilhelm-Busch-Gesellschaft e. V., Hannover.

M 2: Auszug aus der Rede des DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vor der Volkskammer der DDR am 14. März 1952

- 1 Während die Aufrüstungskonferenzen und Aufrüstungsmaßnahmen der Westmächte die unruhvolle Spannung in der Welt immer mehr steigern, während die regierenden Kreise in Westdeutschland gegen den eindeutig geäußerten Willen des deutschen Volkes unbeirrt ihre verbrecherischen Kriegspläne weiterverfolgen und damit
5 Deutschland in den Herd eines Bruderkrieges verwandeln wollen, kommt aus Moskau der klar formulierte Vorschlag der friedlichen Lösung des Deutschlandproblems und der Sicherung des europäischen Friedens, ein Vorschlag, der bei gutem Willen sofort eine Lösung der dringenden Probleme Europas möglich macht. [...]

Freie Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung sind der kürzeste Weg
10 zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Entwürfe von Wahlgesetzen zur Durchführung gesamtdeutscher demokratischer Wahlen sind schon vorhanden [...]. Es besteht also die reale Möglichkeit, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen, freie demokratische Wahlen in ganz Deutschland durchzuführen und eine demokratische gesamtdeutsche Regierung zu bilden, die an der Vorbereitung und Unterzeichnung des
15 Friedensvertrages teilnehmen könnte. [...]

Auch die Forderung auf Abzug sämtlicher Streitkräfte der Besatzungsmächte aus Deutschland innerhalb eines Jahres und auf Liquidierung aller ausländischen Militärstützpunkte auf deutschem Territorium entspricht dem tiefen Sehnen des deutschen Volkes.

- 20 Wo findet sich ein Deutscher, der nicht aus vollem Herzen dieser Forderung zustimmen würde? Besonders die westdeutsche Bevölkerung, der immer größere Besatzungskosten aufgebürdet werden und die die entwürdigende Einmischung der Besatzungstruppen in die inneren deutschen Angelegenheiten immer drückender empfindet, wird diese Forderung des sowjetischen Vorschlages aufs wärmste begrüßen.

- 25 Die in dem Vorschlag der Sowjetregierung enthaltenen Forderungen auf die demokratische Gestaltung des einheitlichen Deutschlands [...] sind selbstverständliche Forderungen jedes demokratisch empfindenden Menschen und jedes demokratischen Staates. Wenn die Gegner des Friedens und der Einheit Deutschlands immer wieder die Lüge kolportieren¹, in der Deutschen Demokratischen Republik gäbe es keine
30 demokratische Freiheit, nur der Westen habe Freiheit und Demokratie gepachtet, so genügt eine einfache Gegenüberstellung der Tatsachen, um den wahren Sachverhalt klarzustellen. In der Deutschen Demokratischen Republik wurde dem Volke die Möglichkeit gegeben, über die lebenswichtige Frage der Remilitarisierung frei abzustimmen, während in Westdeutschland die Volksbefragung rechtswidrig verboten wurde.

- 35 In der Deutschen Demokratischen Republik ist eine Regierung, die vom Vertrauen aller Volkskreise getragen ist, während in Westdeutschland ein Kanzler unter Mißachtung des Volkes und des Parlaments schicksalsschwere Entscheidungen trifft, der seine Legitimation nur aus seiner eigenen Stimme ableitet. In der Deutschen Demokratischen Republik genießt jeder Bürger ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion die allgemeinen und gleichen demokratischen
40 Rechte und Freiheiten, nur Feinde der Demokratie und des Friedens, Agenten und

Saboteure werden in ihrer Freiheit beschränkt. In Westdeutschland hingegen genießen faschistische Kriegsverbrecher und Antisemiten alle Freiheiten und können neue faschistische Parteien bilden, während Friedenskämpfer verfolgt und demokratische
45 Organisationen unterdrückt werden. [...]

Es ist doch für uns alle klar, dass der Militarismus und der Revanchegeist, der in Westdeutschland sein Haupt erhebt, sich bereits jetzt schon wieder auf dem Wege des Angriffs auf die demokratischen Freiheiten des deutschen Volkes befindet. Die verfassungsfreundlichen Handlungen des Bonner Kanzlers Adenauer, der hinter dem
50 Rücken des deutschen Volkes mit den Oberkommissaren² Verhandlungen über den Abschluss eines versklavenden und kriegesrischen Generalvertrages³ führt, die Verfolgungen der Anhänger des Friedens und der Demokratie in Westdeutschland zeugen von der Entwicklung zu einer offenen Militärdiktatur. Das zeigt uns aber auch, wie notwendig die Errichtung eines wirklich friedliebenden Deutschlands ist, in dem allen
65 deutschen Bürgern demokratische Freiheiten und die Gleichberechtigung ohne Unterschied der Rassen, des Geschlechts oder der Religion gewährleistet sind und in dem die freie Tätigkeit der demokratischen Parteien und Organisationen sowie die Presse- und Verlagsfreiheit gesichert sein müssen. [...]

Ebenso begrüßt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik den Vorschlag, Deutschland die Verpflichtung aufzuerlegen, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat. [...] Der Sinn der sogenannten Integration Europas besteht ja gerade darin, dem deutschen Volke Koalitionen und Bündnisse aufzuzwingen, die das deutsche Volk in die Konflikte der
65 ganzen Welt hineinzerrn können. Wir müssen es laut und vernehmlich immer wieder sagen, das deutsche Volk wünscht nicht, in internationale Konflikte hineingezerrt zu werden [...].

Otto Grotewohl: Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Reden und Aufsätze, Band III: Auswahl aus den Jahren 1952 bis 1953, Berlin 1954, S. 74–83.

1 kolportieren: verbreiten.

2 Gemeint sind die ranghöchsten Vertreter der westlichen alliierten Siegermächte.

3 Vertragsvorhaben der Bundesrepublik Deutschland mit den Westmächten um einen möglichen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik im Rahmen der Verhandlungen zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG).

Lösungsvorschläge

- 1 Sie sollen „erläutern“ (AFB II), welche Rolle die Parteien beim Scheitern der Weimarer Republik spielten. Das bedeutet, dass Sie sich Ihr Fachwissen zu diesem Themenkomplex (z. B. Kennzeichen/Ausrichtung einzelner Parteien und ihr gegenseitiges Verhältnis, politische Instabilität und Auflösung der Weimarer Republik) ins Gedächtnis rufen und unter Heranziehung passender Beispiele auf die Fragestellung anwenden. Sprechen Sie in Ihren Ausführungen sowohl allgemeine institutionelle und soziokulturelle Faktoren an, die sich hier für das Funktionieren der parlamentarischen Demokratie als problematisch erwiesen haben, als auch konkrete Entscheidungen einzelner Parteien und ihrer Repräsentanten.

Im Herbst 1918 waren die damaligen Parteien nicht auf die **Revolution** und den raschen **Zusammenbruch der Monarchie** vorbereitet und verfügten auch über kein Konzept für die Bewältigung der tiefen Staats- und Gesellschaftskrise. Die politische Rechte war geschockt vom plötzlichen Systemwechsel, die bürgerlichen Parteien hatten Angst, dass die Entwicklung außer Kontrolle geraten und wie in Russland verlaufen könnte, wo die Bolschewisten die Macht an sich gerissen hatten. Die politische Linke war gespalten zwischen Befürwortern einer Räterepublik und der revolutionären Umgestaltung von Staat und Gesellschaft (KPD, z. T. USPD) auf der einen und den Unterstützern weiterer Reformen (MSPD) – nach der Parlamentarisierung der Reichsverfassung im Oktober 1918 – auf der anderen Seite. Letztlich betrachtete **keine** der Parteien die 1918/19 entstandene Republik (vollständig) als „ihre“ **Republik**.

Die (M)SPD unter **Friedrich Ebert**, dem führenden Mann in der provisorischen Regierung („**Rat der Volksbeauftragten**“), setzte sich schon früh für die **Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung** ein, die schließlich am **19. Januar 1919** stattfand. Am Wahlergebnis zeigt sich, dass die große Mehrheit der Deutschen weder die Rückkehr zur Monarchie, wie sie die DNVP vertrat, noch eine Verwirklichung räterepublikanischer Vorstellungen, wie von Teilen der USPD gefordert, sondern eine **gemäßigte Entwicklung** in Form der **repräsentativen Demokratie** befürwortete. SPD, Zentrum und DDP (Deutsche Demokratische Partei) bekamen zusammen mehr als 75 % der Stimmen und bildeten die erste Regierung. Allerdings verloren die **republiktreuen Parteien dieser „Weimarer Koalition“** bereits bei den Reichstagswahlen 1920 stark an Zustimmung, v. a. wegen der wirtschaftlichen Folgen des Kriegs und der öffentlichen Empörung über die harten Bedingungen des Versailler Vertrags. Sie sollten im Laufe der Weimarer Republik keine Mehrheit mehr erreichen. Stattdessen wurden schwierige Regierungsbildungen und der ständige Regierungswechsel zum Normalfall.

Diese Instabilität war auch auf die **Weimarer Reichsverfassung** vom August 1919 zurückzuführen, die Regelungen aufwies, die für eine gedeihliche parlamentarische Entwicklung problematisch waren. So war ein **reines Verhältniswahlrecht ohne Sperrklausel** vorgesehen, was im Reichstag eine große Zahl von Parteien zur Folge hatte und die Regierungsbildung erschwerte. Außerdem wurden **Reichskanzler und Reichsregierung** nicht vom Parlament bestimmt,

sondern vom Reichspräsidenten eingesetzt und entlassen. Zwar konnte eine Reichtagsmehrheit durch ein Misstrauensvotum den Rücktritt des Kanzlers erzwingen, allerdings ohne sich auf einen Nachfolger einigen zu müssen. Der ständige **Wechsel der Regierungen** schwächte erheblich das Vertrauen der Bürger in das republikanische System. Zudem waren die **Parteien als wichtige politische Akteure** nicht eigens in der Verfassung berücksichtigt und es gab keine Regelungen, um **verfassungsfeindliches Handeln** zu ahnden und die **Wehrhaftigkeit** der Demokratie, z. B. durch ein Parteiverbot, zu beweisen. Dies war problematisch, da die Weimarer Republik nicht erst in ihrer Endphase durch Parteien am **rechten und linken Rand des politischen Spektrums** bekämpft wurde.

Aber auch die Parteien, die die Republik bejahten, zeigten oft einen **Mangel an Konsensfähigkeit**, u. a. da der Reichskanzler nicht durch Parlamentsmehrheit gewählt wurde und eine Einigung zwischen den Parteien daher nicht so erforderlich war, wie es heute im Bundestag der Fall ist. Darüber hinaus verstanden sich die Parteien als **Vertreter bestimmter Bevölkerungsteile** (z. B. SPD: Arbeiter, Zentrum: Katholiken, Liberale: Bürgertum), sodass die Bindung an ein gewisses Sozialmilieu ihre **Kompromissbereitschaft** stark beeinflusste. Besonders deutlich zeigte sich die Unfähigkeit zur vertrauensvollen Zusammenarbeit 1930 beim **Zerbrechen der Großen Koalition** aus SPD, Zentrum, DDP und DVP, als sich die Regierungsparteien vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise nicht auf eine Lösung für die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung einigen konnten.

Selbst die Sozialmilieus waren politisch nicht geschlossen, wie an der **Arbeiterbewegung** deutlich wird: So stufte z. B. die **KPD die SPD als Hauptgegner** ein und diffamierte sie als „**Sozialfaschisten**“, was eine gemeinsame Front gegen den rechten Extremismus, v. a. der NSDAP, verhinderte. Auch bei der Reichspräsidentenwahl 1925 waren die Folgen dieser Spaltung zu sehen: Die KPD hielt im zweiten Wahlgang an ihrem Kandidaten Ernst Thälmann fest und verhinderte so den Sieg des von der SPD unterstützten Wilhelm Marx (Zentrum), sodass der monarchisch gesinnte **Paul von Hindenburg** Staatsoberhaupt wurde.

In der Endphase der Republik kam es ab 1930 zu den „**Präsidialkabinetten**“, d. h., die Reichsregierungen waren wegen fehlender Reichtagsmehrheiten entscheidend vom Reichspräsidenten und seinem Recht, **Notverordnungen** zu erlassen, abhängig. Bis zur Reichstagswahl im Juli 1932, als die extremen Parteien KPD und NSDAP zusammen über die Hälfte der Stimmen bekamen, wäre die Bildung einer Mehrheitsregierung durch die anderen Parteien theoretisch noch möglich gewesen, um der faktischen **Entmachtung des Reichstags** entgegenzuwirken.

Auch waren die demokratischen Parteien nicht in der Lage, sich angesichts der Stärkung des **politischen Extremismus** auf eine gemeinsame Linie zu verständigen. So kam es selbst angesichts des immensen Wahlerfolgs der NSDAP im Juli 1932 zu keiner entschlossenen Zusammenarbeit der republiktreuen Kräfte, da die von den Nationalsozialisten drohende **Gefahr für die Demokratie** noch immer unterschätzt wurde. Vor dem Hintergrund der **Weltwirtschaftskrise** gewannen die republikfeindlichen Parteien, die KPD und besonders die NSDAP, deutlich

an Unterstützung in der Bevölkerung. Dabei verlagerte sich die politische Auseinandersetzung zunehmend **auf die Straße**, wo sich die extremen Parteien mit ihren **paramilitärischen Verbänden** SA bzw. Rotfrontkämpferbund Straßenschlachten lieferten. Fatal wirkte sich außerdem aus, dass die **DNVP** – nach einer vorübergehenden Annäherung an die Republik – ab 1928 unter der Führung von Alfred Hugenberg wieder einen strikten republikfeindlichen Rechtskurs verfolgte und die Zusammenarbeit mit der NSDAP suchte („Harzburger Front“ 1931).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Parteien eine **hohe Mitverantwortung** für das Scheitern der Weimarer Republik tragen. Während die extremen Parteien **KPD** und **NSDAP** die Republik **offen bekämpften**, erwiesen sich die republiktreuen Parteien letztlich als **unfähig**, effektiv zusammenzuarbeiten und so die Zerstörung der Demokratie durch deren Gegner zu verhindern.

- 2 *Sie sollen zur Frage „begründet Stellung nehmen“ (AFB III), inwiefern die Karikatur von Hanns Erich Köhler (M 1) aus dem Jahr 1958 die Akzeptanz des demokratischen Systems in der frühen Bundesrepublik ausreichend erklärt. Die Aufgabenstellung fordert von Ihnen also die eigenständige Bewertung („inwiefern“) eines historischen Sachverhalts: Sie müssen untersuchen, ob der in M 1 abgebildete wirtschaftliche Aufschwung allein für die Anerkennung der noch jungen Demokratie in Westdeutschland verantwortlich gewesen ist oder ob es hier noch andere wichtige Faktoren gegeben hat. Zeigen Sie – nach der Beschreibung und Deutung der Karikatur – zunächst die überaus erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung und deren Auswirkungen auf die Akzeptanz des politischen Systems in der frühen Bundesrepublik auf. Bringen Sie dann aber auch andere Faktoren zur Sprache, die für die Stabilität der Demokratie bedeutsam gewesen sind, um abschließend eine eigenständige Einschätzung formulieren zu können.*

In der **Karikatur M 1** von **Hanns Erich Köhler** aus dem Jahr **1958** sieht man rechts einen wohlgenährten Mann mit den Gesichtszügen und dem Markenzeichen (einer Zigarre) des damaligen Bundeswirtschaftsministers **Ludwig Erhard**. Auf den Knien von „Onkel Ludwig“ sitzen ein Junge und ein Mädchen, denen er Bilder in einem Fotoalbum zeigt. Die Kinder stellen **Allegorien des deutschen Michel** – erkennbar an der Mütze – **und der Deutschen Mark** dar. Fröhlich zeigen sie mit ihren Fingern auf zehn Jahre alte Aufnahmen von sich, auf denen sie **abgemagert** und ausgemergelt aussehen. Der Anlass des Treffens ist offensichtlich ein besonderer **Geburtstag**: Die Torte in der oberen linken Ecke trägt zehn Glanz verbreitende Kerzen. Dies bezieht sich auf die **Währungsreform 1948**, die in M 1 als Grundlage eines immensen **wirtschaftlichen Aufschwungs** dargestellt wird. Der wohlgenährte Onkel und die beiden glücklichen, gut entwickelten Kinder verkörpern den **Wohlstand**, der Ende der 1950er-Jahre bereits zur Realität der Bundesbürger geworden ist und der sie anscheinend nur noch mit Erstauen auf die zehn Jahre **zurückliegende Zeit der Not** und Entbehrung blicken lässt. Mit Erhard ist außerdem ein Politiker abgebildet, der entscheidend mit dem westdeutschen „**Wirtschaftswunder**“ in Verbindung gebracht wird.



© **STARK Verlag**

www.pearson.de
info@pearson.de

Der Datenbestand der STARK Verlag GmbH
ist urheberrechtlich international geschützt.
Kein Teil dieser Daten darf ohne Zustimmung
des Rechteinhabers in irgendeiner Form
verwertet werden.